

Annoucen- Bureau... In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung...

Annoucen- Bureau... In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, München...

Poener Zeitung. Achtundachtzigster Jahrgang.

Nr. 841.

Mittwoch, 30. November.

1881.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4 1/2 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Inserate 20 Pf. die sechs gespaltene Zeile ober deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

Abonnements auf die Poener Zeitung pro Monat Dezember werden bei allen Postanstalten zum Preise von 1 Mt. 82 Pfg....

der Abgeordnete, frei von jedem imperativen Mandat als Abgeordneter des Landes betrachtet. Unsere Partei ist es gewesen, welche den sozialreformatorischen Absichten des Fürsten Bismarck mit Verständnis...

feben, neue Absatzquellen für ihre Fabrikate aufzusuchen, haben sich große Waarenvorräthe aufgehäuft, so daß die diesseitigen Verjuche, entsprechend höhere Preise zu erzielen...

Wenn Arbeiterentlassungen und Reduzirung der Arbeitszeit in unserem Bezirke nicht in dem Maße zu verzeichnen gewesen, wie in anderen Gegenden, so ist dies dem Bestreben zuzuschreiben...

Indes ist eine wesentliche Beschränkung der Fabrikation und damit zusammenhängend eine umfangreiche Entlassung von Arbeitern, sowie Herabsetzung der Löhne nicht mehr aufzuhalten...

Jeder Tabakfabrikant hat heute bereits seine Kapitalien und seinen Kredit auf die schärfste Weise angespannt und anspannen müssen, um konkurrenzfähig zu bleiben.

Wenn nun bei den heutigen Verhältnissen schon diese Vermehrung des Betriebskapitals den Meisten lediglich unter Opfern und Schwierigkeiten möglich war, so ist wohl anzunehmen...

Angeht es nun über Vermuthen schon eingetretenen Konsumrückgangs liegt die Befürchtung nahe, daß bei erneuter Belastung der Verbrauch an Tabakfabrikaten in noch fühlbarer Weise sich reduzieren und dem entsprechend der Ertrag einer höheren Steuer hinter den Erwartungen zurückbleiben würde.

Es kommt hinzu, daß je höher die Steuer, desto größer die Veruchung zu Desubstitutionen ist, mithin die Ueberwachungs- und Erhebungskosten eine erheblichere Quote der Steuereingänge absorbiren müßten.

Wir können uns der Auffassung, daß der Tabak als ein noch in gesteigertem Maße steuerfähiges und steuerwürdiges Objekt zu betrachten sei, nicht anschließen, sind vielmehr der Ansicht...

Als Ergänzungen zum Gesetze vom 16. Juli 1879 traten im Berichtsjahre die Ausführungsbestimmungen vom 25. März und die Dienstvorschriften vom 29. Mai 1880, sowie, in Konsequenz des § 27 des Tabaksteuergesetzes, das Gesetz, betreffend die Verwendung von Surrogaten bei der Tabakfabrikation, in Kraft.

Das zuletzt erwähnte Gesetz trifft nur Bestimmungen bezüglich der Zulässigkeit von Kirschen- und Weichselblättern, denen später auch Rosenblätter, gefalzen und getrocknet, zugesellt worden sind.

So sind beispielsweise von einem süddeutschen Bläse aus viele Ztr. geschnittener und gefärbter Tabakstaude in den Handel gebracht; diese Artikel bleiben steuerfrei, und gerade diese sind Surrogate.

Die Dienstvorschriften für den Tabakbau sind vielfach sehr brüdernde, besonders hinsichtlich der Art der Ermittlung der Blätterzahl und des Bündelns der Blätter; ferner ist die Observanz bezüglich des Geizens der Tabakstaude für die verschiedenen Distrikte eine so ungleichartige gewesen, daß es dringend geboten erscheint...

Unter oben erwähntes Vorstellen vom 15. Dezember v. J. gründen wir im Allgemeinen auf nachstehende Ausführungen.

Nachdem das Gesetz vom 16. Juli 1879 die steuerliche Belastung der Tabakfabrikation einer Neuordnung unterworfen hatte, glaubten wir die Hoffnung hegen zu dürfen, daß der genannte Erwerbszweig von den Störungen frei gehalten werden würde...

Vorgänge aus der neuesten Zeit aber verfehlen ihren hemmenden Einfluß auf die Tabakbranche nicht. Die kaiserliche Tabakmanufaktur in Straßburg macht seit Kurzem außerordentliche Anstrengungen, ihre Geschäftstätigkeit auch über diejenigen Gebiete auszudehnen...

Nachdem schon im Jahre 1872 Sr. Durchlaucht dem Herrn Reichs...

Konservatismus und Konstitutionalismus.

Die „Post“, das Organ eines Restes der freikonservativen Partei, den man wohl als entartet bezeichnen darf, hat trotz aller ihrer Sünden und Mängel ein großes Verdienst...

Wie oft haben wir und andere liberale Organe es in's Land hinaus gerufen: Für die gegenwärtigen politischen Gegensätze in Preußen und Deutschland sind die Bezeichnungen „liberal“ und „konservativ“ durchaus ungenügend...

In der That finden wir in Preußen und Deutschland die liberalen auf der erst erwähnten, die „konservativ“ Genannten auf der zuletzt bezeichneten Seite. Eben hieraus ergibt sich aber gerade, daß die Bezeichnung „konservativ“ in Preußen und Deutschland gegenwärtig oft sehr mißbräuchlich angewandt wird...

Konservativerseits ist dieser Vorwurf stets als eine böswillige liberale Unterstellung zurückgewiesen worden; man erkannte eben auf jener Seite, wie gefährlich es der „konservativen“ Partei werden müßte, wenn jene Anschauung im preußischen und deutschen Volke Platz griffe...

Der „Post“ war es vorbehalten, den Konservativen dieses Anabredestellen für die Zukunft unmöglich zu machen, denn in ihrer letzten Nummer stellt sie ausdrücklich die Behauptung auf, daß Konservatismus und Konstitutionalismus zwei unvereinbare Dinge seien.

Dieses Zeugniß aus frei konservativem Munde ist werthvoll, denn wenn in freikonservativen Kreisen solche Vorstellungen herrschen, wie muß es da erst in der Gesellschaft der Deutschen konservativen aussehen!

Die „Post“ legt das erwähnte Bekenntniß in einer Polemik, welche sie gegen die „Allgemeine konservative Monatschrift“ führt, ab. Sie schreibt:

„Unter den Sophismen, mit welchen die Allgemeine konservative Monatschrift die Bemühungen der gemäßigten Konservativen zu lähmen sucht, verdient eine noch eine besondere Beachtung. Die genannte Monatschrift schrieb, die Gesamtlehre des Wahlresultats müsse sein.

„daß die konservative Partei durch ihr Verhalten und ihre Thaten dem Volke beweisen muß, daß sie nicht lediglich eine gouvernementale, eine Regierungspartei ist, sondern auch die Redaktion der „Post“ unter dieses letzte Wort hat die Redaktion der „Post“ unterstrichen, nicht die A. G. M.“

Rein Blatt der demokratischen, der Volks-Partei, braucht sich zu schämen, diesen Satz aufzunehmen. Bei uns ist die Regierung keine parlamentarische, sondern eine vom Könige, beziehentlich vom Kaiser ernannte. Die „Interessen der Wähler“ zu vertreten — dieses Vorsehen ist der größte demagogische Köder, den man aufstellen kann. Der Abgeordnete hat die Interessen des Staates zu vertreten, welche mit den wahren und höchsten, mit den allgemeinen, alle verbindenden Interessen der Wähler identisch sind. Deshalb wird

Sparcassen-Reform.

Die Vorlage eines Postsparkassengesetzes in Wien wird vielleicht im deutschen Reiche das Verlangen nach dieser sozialen Reform wieder anfachen. Allein da der Freihändler und Liberalen-Führer Gladstone ihr Urheber ist, hat sie unter den heute herrschenden Auspizien keine Aussicht auf Adoption. Das hat auch Staatssekretär Stephan, der ihr für seinen Theil entschieden zugethan ist, in neuerer Zeit wiederholt den ihn ansprechenden Freunden der Neuerung zu erkennen gegeben. Um so befriedigender ist es, daß auch ohne die Reichsgewalt im Sparcassenwesen Fortschritte möglich sind. Es regt sich schon in den beteiligten Kommunalkreisen, um in Deutschland die öffentlichen Sparbeförderung auf die Höhe der weiter fortgeschrittenen Nachbarländer zu bringen. Neben Darmstadt, wo die erste deutsche Pfennig-Sparkasse eben jährlich wird, sind namentlich sächsische Städte, wie Chemnitz, Plauen, Burgstädt u. s. f. mit Einführung der zuerst in Dänemark, dann in England angewendeten Sparmarken vorgegangen, und Bremen richtet in diesem Augenblick gleichzeitig Pfennig- oder Groschen-Sparcassen, Fabrik-Sparcassen, Schul- oder Jugend-Sparcassen ein.

Tabaksteuer-Gesetzgebung.

Ueber diesen Gegenstand finden wir in dem Jahresberichte der Poener Handelskammer folgende Darlegungen:

„Während der Periode, über welche sich unser Bericht zu erstrecken hat, ist die Beunruhigung der Tabakindustrie theils in wiederholten Gerüchten über eine fernere Steuererhöhung oder Einführung des Monopols, theils in der Geschäftsbahmung der als „Kaiserliche Tabakmanufaktur“ in Straßburg weiter arbeitenden „Manufacture Impériale de Tabac“, welche man allgemein in Interessentenkreisen als Vorkarbeiter zum Monopol betrachtet, zu Tage getreten.

Letztere war uns im Laufe des Berichtsjahres bereits Veranlassung zu einem Vorstellen an das vorgeordnete königliche Ministerium. Die Folge der seit anderthalb Jahren wirkenden steuerlichen Mehrbelastung des Tabaks um 250 Prozent lassen sich nach den inzwischen gemachten Erfahrungen für unseren Bezirk dahin zusammenfassen, daß der Konsum eine Abnahme erfahren hat, die wir bis auf 30 Prozent für manche Fabrikate annehmen können.

Hierdurch, sowie durch das drängende Angebot auswärtiger Fabrikanten, welche bei der Abnahme des Exports sich gezwungen

